

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Sonntag den 19. Juli 1896.

№ 83

Außerordentliche Generalversammlung

des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Halle a. S.

Donnerstag: Vierter Tag.

Vorsitzender Döblin erklärt bei Eröffnung der Sitzung, daß für den abgereisten Delegierten Kuntel Kollege Bettenworth eingetreten ist.

Berliner Mitglieder und Gauvorstandsmitglieder protestieren gegen die Zulassung Arensees zur Versammlung, weil derselbe nicht die Majorität besitze. Die Versammlung beschließt, zu erklären, daß sie den in der Stimmzahl den Gewährten nächststehenden Kandidaten als Vertreter anerkennt.

Mathusius-Odergau schlägt vor, die Redezeit auf fünfzehn Minuten zu beschränken; wird beschloffen. Für Gash wird verlangt, denselben hieron auszuschließen, wünscht vielmehr seitens desselben ein Beibringen sämtlichen Materials. Redefreiheit wird in Verfolg dessen auch dem Referenten Mehhausser sowie Döblin zugesprochen.

Eisler zu einer Mitteilung des Hauptvorstandes: Es war beabsichtigt — um unsere Kollegen so schnell als möglich von dem Gange der Verhandlungen zu unterrichten — am Freitag eine Extra-Ausgabe des Corr. erscheinen zu lassen; durch ein Versehen ist aber der Bericht, welcher am Montag Nacht hier ausgegeben, zu spät in Leipzig eingetroffen; es wird deshalb am Sonnabend eine Doppelnummer erscheinen und dürfte dann in der einen Extranummer am Sonntag der Schluss des vorläufigen Berichts erscheinen. Bei meiner gestrigen Anwesenheit in Leipzig überreichte der Expedient Schmidt mir die Druckrechnung der letzten Monate, bei der auch eine Rechnung über 20000 vierseitige und 20000 achtseitige Flugblätter war. Ich bin der Ansicht, daß diese Rechnung von uns nicht honoriert werden kann. Gash stand in der letzten Zeit der Corr. dreimal wöchentlich in Doppelnummern zu persönlichen Zwecken zur Verfügung. Die höhere Auflage der beiden Flugblätter beweist, daß dieselben nicht als Beilagen betrachtet werden können. — Eine Diskussion hierüber wird zurückgestellt.

Das Wort erhält Klapproth-Hannover: Der gefasste Beschluß auf beschränkte Redezeit ist sehr unangenehm. Ich hatte mir vorgenommen, den Tarif in seinen Positionen Ihnen zu erläutern, um alle etwa noch bestehenden Zweifel zu beseitigen. Zunächst wende ich mich dagegen, daß, wenn man einen einfachen Akt der Höflichkeit begeht, deshalb zum Staatsverbrecher gestempelt wird; ein Dant gegen das Bureau ist in allen körperschaftlichen üblichen Sitten. Auf den Gang der Verhandlungen zurückkommend, wolle er zunächst den Zweck der Gauvorsieher-Konferenz vom November 1895 damit begründen, daß derselbe darin bestand, Leipzig mit seinen unhaltbaren Zuständen auf irgend eine Art entlasten zu können. In einer weiteren Konferenz vom Januar 1896, welche Herr Gash ebenso wie die erste mit veranlaßt hat, sollte auf einmal ein Vorgehen auf tariflichem Gebiete unternommen, eine 15prozentige Erhöhung der Grundpositionen verlangt, dagegen eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht beantragt werden. Dagegen mußten wir Gauvorsieher uns wenden, da es nicht anging, die Verkürzung der Arbeitszeit jetzt zurückzustellen, nachdem man 1891 im bestigsten Kampf um dieselbe gerungen. Wieder wäre es ihm gewesen, wenn der Zentralvorstand an der Stellung der Gauvorsieher keine Kritik geliebt, sondern sich mit denselben verständigt hätte. Gash gegenüber speziell habe ich mich damals schon als fernerer Anhänger der Tarifgemeinschaft ausgesprochen. Die Vorkonferenz im April war berufen, Pläne und eine Richtschnur für unsere gemeinsame Beratung zu schaffen; damals hätte Gash seine Ansichten über die Lage mitteilen sollen, das habe er nicht getan. Gash habe allen Konferenzen beigewohnt; Gash und Nibel waren es auch, welche vor etwaigem Abbruch der Verhandlungen warnten, weil man für Leipzig in diesem Falle Hunderte von Maßregelungen zu erwarten habe. In einer Privatbesprechung erklärte Gash: Es werde nur eine Frage der Zeit sein, daß Maschinemeister und Seher sich trennen müßten in der Frage der verkürzten Arbeitszeit, weil es Thatsache sei, daß die Seherkollegen leicht eine achtstündige Arbeitszeit erreichen könnten, wenn sie die Berücksichtigung der Maschinenmeister

nicht als Bleigewicht an den Füßen hätten. Aber die Sonderstellung der Maschinenmeister im Tarif ist nicht eine solche arge, wie man es darzustellen sucht, denn das Prinzip, pro Woche nicht länger als 54 Stunden arbeiten zu dürfen, ist auch diesen gewahrt. Ähnlich verhält es sich mit der Bestimmung über die Städte unter 20 000 Einwohnern. Berücksichtigen wir nun, daß 1891 unsere Prinzipale ausdrücklich erklärten, daß sie in betreff der Verkürzung der Arbeitszeit nicht eine Minute zugestehen könnten, das sei ihr Prinzip. Wenn wir nun im Frieden eine halbe Stunde Verkürzung erreicht haben, ist es nicht genug; ja wir begreifen eine Unzufriedenheit, aber es war das äußerste Maß der Zugeständnisse, das wir erreichen konnten. In den bei den Tarifverhandlungen festgestellten Resolutionen, welche zunächst eine Dauer der Vereinbarung auf fünf Jahre aussprechen, die materielle Schaffung einer allgemeinen Tarifkörperschaft, deren nähere Organisation zunächst noch vorbehalten bleibt, für notwendig erklärt, war bereits alles zusammengefaßt, was uns jetzt im gedruckten Tarife vorliegt. Diese Resolutionen wurden veröffentlicht, sie fanden fast allerwärts Zustimmung, und damit war eine Anerkennung eigentlich schon ausgesprochen. Sicher ist, daß wir ohne Tarifgemeinschaft eine umfassende Bewilligung der uns zugestandenen materiellen Vorteile nicht erreichen würden. Da die Redezeit hiermit bereits überschritten, erklärt Klapproth zu Protokoll, daß er dadurch in seinen Ausführungen zum Schaden einer Klarstellung unterbrochen sei.

Heissmann-Hensburg bespricht die einzelnen Tarifpositionen und ist, obgleich eine ganze Reihe von Positionen seinen Beifall nicht haben, im großen Ganzen damit einverstanden und hat darum auch die Resolution der Gauvorsieher angenommen. Die Unterschrift sei überflüssig, und weil auch die Gegner der Tarifgemeinschaft dieselbe geben müssen, so wird die Heuchelei groß gezogen. Was Gash anbetrifft, so hätte derselbe, statt die Leipziger Rede zu halten, nach Berlin reisen und in der engeren Kommission seine Absichten zu äußern. Er hat veranlaßt, alle Internas der Deffentlichkeit preiszugeben und dadurch die Organisation an die Prinzipale verraten; kein Mittel war ihm schlecht genug dazu, was er noch in einer Nummer vertritt, bekämpft er in der nächsten; Gash ist für ihn abgethan für alle Zeit. Er wünscht Neuwahl sämtlicher Verbandsfunktionäre; da würde sich zeigen, wer das Vertrauen besitzt.

Schröter-Stuttgart: Als wir in die Bewegung traten, war es jedem Kollegen klar, daß etwas erreicht werden sollte, und man sollte sich auf den Boden der Leipziger Resolution. Wenn man hier sagt, daß der Stimmzettel in die Wahlurne geworfen wurde, um den Reinstundentag zu erreichen, so müßte er sagen, daß dieses nicht wahr, denn die Gehilfenvertreter wurden hingeführt, um zu verhandeln. An einem Artikel im Corr. vom 5. März suchte Redner zu beweisen, daß er kein so großer Harmoniebusler sei, wie Gash am 5. März d. J. war. Redner wandte sich nun zum Tarif und erklärte sich für die Tarifgemeinschaft, jedoch gegen Tariforganisation. Er meinte, man könne nicht drei Jahre warten, bis der Tarif eingeführt wird, sondern verlange, daß die Prinzipale sofort denselben einführen. Wenn aber hier die vierteljährliche Kündigung immer ins Feld geführt werde, so wolle er auf die Buchbinder hin, die sich jetzt schon seit einem halben Jahr in der Deffentlichkeit mit einer im Herbst zu beginnenden Lohnbewegung beschäftigen. Er betrachtet den materiellen Teil des Tarifes für einen großen Fortschritt. Aber die Arbeitsnachweise würden nur die jetzt schon bestehenden Arbeitsnachweise der Prinzipale stärken. Ebenso bezeichnet er Schiedsgericht und am meisten das Tarifamt als schädlich für die Gewerkschaft, denn man schiebe damit die Organisation ganz beiseite. Er habe deshalb wahrlich nicht dreißig Jahre zu diesem Zwecke gewirkt. Er glaube bestimmt, daß man in drei Jahren so fest sitze mit dem Tarifante, daß man nicht wieder heraus könne, deshalb warnt Redner vor Annahme dieser Fessel. Es würde sich danach empfehlen, über den vorliegenden Tarif getrennte Abstimmung vornehmen zu lassen, um auch der Opposition entgegenzukommen. Redner bedauerte, daß ihm durch die beschränkte Redezeit das Wort abgeschnitten werde.

Bojus-Stuttgart wandte sich zunächst gegen die wüste Agitation des Kollegen Gash. Im Corr. wie in einem Teile der Arbeiterpresse würden den Gehilfenvertretern Motive untergeschoben, die nicht am Plage seien. Seiner Meinung nach hätten dieselben nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Zum Tarife stelle er sich auf den Standpunkt seines Kollegen Schröter und empfehle die Annahme des materiellen Teiles des Tarifes.

Reizmann-Berlin: Daß Gashs Plan nicht von heute oder morgen, darauf habe er bereits im vorigen Jahr in Breslau hingewiesen, gelegentlich der Beratung des Antrages Leipzig „Einsetzung eines Ausschusses“, der vorwiegend Gashs Produkt war. In dem Vorworte der vorliegenden Broschüre ist in klaren Worten der Zweck des Ausschusses dargelegt. Unfre Organisation kann aber nur gedeihen, wenn sie einer Leitung unterliegt. Auch betreffs der Stellung des Redakteurs zum Hauptvorstande müßte die Generalversammlung unbedingt Vorsorge treffen, untrer einzigen leitenden Behörde, dem Vorstande, den genügenden Einfluß auf unser Verbandsorgan zu sichern. Pressefreiheit! Aber nicht Pressefreiheit für den Redakteur allein. Ich kann Ihnen versichern, daß die Unterschrift zum Tarife keine Abstimmung sein sollte, sondern einzig und allein eine Kontrolle über die Einführung desselben. Bezeichnend aber ist es, daß von bisher eingegangenen 3800 Gehilfenunterschriften die Hälfte aus Leipzig gekommen; es ist dies bezeichnend dafür, daß die Leipziger Prinzipalität ihren Gehilfen alles bieten zu können glaubt. Und wenn behauptet wird, durch Nichteingührung des Tarifes in Leipzig am 1. Mai (Corr. Nr. 51) würde ein Teil in die Gehilfenschaft getrieben, so frage er: Was ist daran schuld? Einzig und allein die Schreibweise und Agitation Gashs, der wie noch selten ein bejahrter Agent des Unternehmertums für die Prinzipalität gearbeitet habe zu unserm Schaden. Jetzt — da die Verhältnisse so zerfahren — bleibe uns nichts andres übrig, als den Tarif in Kauf und Vogen anzunehmen und die Einigkeit im Verbands wieder herzustellen suchen, um die noch ausstehenden Punkte der Tariforganisation in unserm Sinne zu gestalten.

Das Bureau konstatiert, daß Gash es nicht mehr für wert halte, den Verhandlungen weiter zu folgen und seine Beweise für die gemachten Anschuldigungen hier frei niederzuliegen.

Andreas-Hamburg: Wenn Gash noch einen Funken von Ehrgefühl gehabt hätte, dann wäre er bereits am Montag abgereist.

Stoh-Erzgebirge-Bogtland. Als die Gauvorstände in Leipzig zusammentraten, um das entgegenzunehmen, was die Gehilfenvertreter mit den Prinzipalen erwirkt, waren auch wir sehr unzufrieden. Aber Herr Gash bemühte sich mit einem wahren Eifer, uns zufrieden zu stellen, es wäre alles nicht so schlimm, wie es aussähe, legte uns schließlich eine Resolution vor, ließ sie auch gleich drucken, wie gesagt, wir hatten fast nichts mehr zu thun, als nur unsere Zustimmung zu geben. Döblin sagt, man solle nicht so auf den mit dem Tarife zusammenhängenden Institutionen herumreiten, da die Prinzipale die Anerkennung des Tarifes nicht von der Zustimmung zum Anfang abhängig machten, heute aber erklärt Klapproth, daß es umgekehrt sei. Ja, meine Herren, dann müssen wir den Tarif eben annehmen, eine besondere Urabstimmung hierüber hat demnach auch keinen Zweck mehr. Von der Opposition hätte ich gern mehr gehört, bin aber nicht nur davon ernüchert, sondern erstaunt über das hier erbrachte Material; nichts weniger als zur Opposition berechtigt schien mir aber Rheinland-Besfallen im Hinblick auf dessen Verhältnisse. Gash, der Mann, der in Leipzig erklärt hat, nehme nur einfach an, es ist das Beste für uns, kann uns eigentlich nicht mehr beschäftigen. Daß derselbe Mann erwiesenermaßen Artikel zu seinem Vorteil untergeschlagen, ist Nebenfrage; aber ein anderer Fall verdient der Deffentlichkeit übergeben zu werden. Das Ihnen bekannte Interat von Blauenischen Kollegen, das eine Anerkennung für den Zentralvorstand einhelt, wurde absichtlich um eine Nummer zurückgestellt, trotzdem es den Interenten im Hinblick auf die bevorstehende Wahl um eine sofortige Aufnahme zu thun war; der Grund hierfür ist klar, es lag Gash daran, auch das Gegeninterat sofort folgen zu lassen,

welches einen Unterzeichner des ersten Inzerats als den „famosen Gantagsdelegierten“ bezeichnet, der seiner Zeit gegen Liquidation der Inzaldenkasse gestimmt habe. Da dieser Kollege mit diesem angegriffenen „Gantagsdelegierten“ nicht identisch war, verlangten wir eine diesbezügliche Erklärung im Corr.; da hieß es im Briefkasten einfach als Antwort darauf: Inzerat bleibt Inzerat! Ein später eingelangtes aufklärendes Inzerat kam zurück mit der Bemerkung: Aufnahme nicht angängig! Das illustriert Gash recht zur Genüge. Wenn ich mich nun auch der politischen Partei widme, so geschieht dies, um Ihnen nur einige Auslassungen aus dem Chemiker Beobachter zum besten zu geben; da heißt es in einer Nummer über eine dort abgehaltene Buchdrucker-versammlung, welche gegen Gash eine Resolution annahm: „Wo soll da die Weisheit auch herkommen!“ In einer andern Nummer desselben Blattes ist eine besondere Liebenswürdigkeit gegen die Krim-schauer Kollegen enthalten, denen für ihr Verhalten „Blatt“, die leberne Medaille am Gürtelsbande“ verliehen wissen will. Was die Aburteilung oder Anerkennung der Gehilfenvertreter betrifft, so haben die sächsischen Kollegen hiermit nicht zu rechnen, denn sie hatten keinen; auch will ich damit nicht weiter rechnen, weil ich nicht Lust habe, mich mit Nidel in eine persönliche Diskussion einzulassen.

Wesphalener-Nürnberg: Man dürfe bei der gegenwärtigen Debatte nicht vergessen, daß es uns selbst in jahrelanger Tätigkeit nur sehr schwer und nur teilweise gelang den 1890er Tarif einzuführen. Diesmal sei es anders und die Tarifeinführung habe eine rascheres Tempo genommen. Auch in Bezug auf Lokalzuschläge seien Verbesserungen geschaffen worden. Ergäben sich wirkliche Schädigungen durch die Tarifgemeinschaft, dann werde in einigen Jahren die Organisation wohl im stande sein, diese Nachteile abzuwehren. Diese Nachteile müßten aber erst erwiesen werden, und bis dies konstatiert, möge die Opposition schweigen. Ihm scheint es, als ob es ein Teil der Opposition nicht ehrlich meine. Er fürchte dieselbe indes nicht, denn wenn dieselbe einer guten Sache dienete, brauchten sie solche Mittel nicht, die er als verwerflich bezeichne. In Bayern rekrutierte sich die Opposition größtenteils aus den Städten Würzburg, Bayreuth und Fürth. Nur in erstem Orte lebe ein Teil der Mitglieder in schönster Harmonie mit der Prinzipalskaffe. Der Vertreter von Bayreuth habe auf dem letzten Gantage erklärt, sie wären froh, wenn sie erst den 1890er Tarif allgemein zur Einführung bringen könnten und in Fürth habe sich jetzt mit Inkrafttreten des neuen Tarifes das Minimum von 20,50 Mt. auf 24 Mt. gehoben. Der Hinweis auf die moderne Arbeiterbewegung, der wir uns hinzueneigen müßten, imponiere ihm nicht. Andere Gewerkschaften ständen viellecht mehr auf diesem Standpunkte, könnten sich aber durch ihre geringen Beiträge nicht zu irgendwelcher Machtentfaltung aufschwingen, und würde es bedauern, wenn wir gleiche Stellung einnehmen. Er sei für die Tarifgemeinschaft und meint, man müsse die nächsten drei oder fünf Jahre dazu benutzen die Quantität der Mitglieder auch in ihrer Qualität zu heben, so könnten wir besseres erstrahlen. Ist gegen die Urabstimmung, denn wenn es der Generalversammlung nicht gelinge, Klarheit zu schaffen, gelinge dies auch die Urabstimmung nicht.

Wendische-Dresden ist nicht prinzipieller Anhänger der Tarifgemeinschaft, erklärt sich aber im Interesse der Organisation für Annahme des Tarifs, weil dieser Versuch uns nicht schädlich werden könnte. Er betrachte es als ein Fehler, daß die Mitglieder nicht von der Zentralleitung bezüglich der Unterschrift informiert wurden, hätte aber auch von den Leipziger Kollegen erwartet, daß diese die Unterschrift ebenso wie die Dresdener zurückweisen würden. Redner bringt Nachricht, wie einseitig raffiniert Gash die Berichte gebracht habe. Die sogenannte zielbewußte Opposition sei in Dresden sehr gering, jedoch ist begründeter Verdacht vorhanden, daß diese Kollegen an einer Spaltung arbeiten.

Schramm-Würzburg: Ich habe in München eine Versammlung anberaumt und habe zu diesem Zweck um Aufschluß beim Zentralvorstand über das Resultat der Verhandlungen in Sachen des Tarifs nachgehakt. Aufschluß empfing ich nicht, dagegen hatte Herr Oldenburg-Würzburg bereits andern Tages ein Sinogramm jener Verhandlungen in Händen, wir Gehilfen wußten nichts; das machte ich der Leitung zum Vorwurfe. Zu den Beschlüssen jener Verhandlungen nahm die Gehilfen-schaft ganz Deutschlands Stellung und ich kann Ihnen nur empfehlen, nehmen Sie die Beschlüsse an; befürchten Sie Auswüchse bei der Anwendung des Tarifs, dann werden wir doch wohl stark genug sein, uns von denselben zu befreien. Auch wir verlangen ja eine Verpflichtung auf den Tarif seitens unserer Prinzipale. Die fünfjährige Festlegung des Tarifs ist für uns keine nutzlos verstrichene Zeit; wir wollen alle Kräfte darauf konzentrieren, unsern Verein zu stärken und die Durchführung des Tarifs mit erzwingen zu helfen. Leipzig ist mir in seiner Stellung nicht maßgebend; diese Taktik, wie man sie da beliebt, führt zu nichts. In Sachen der Maschinenmeister stimme ich denen zu, die in den einschlägigen Bestimmungen eine Benachteiligung derselben erblicken; aber die Herren Maschinenmeister werden zunächst gewiß bemüht sein, zum Durchbringen des momentanen Beschaffens ihre ganze Kraft aufzuwenden. Einzelne Maschinenmeister Münchens scheinen mir indes den Nutzen der Arbeitszeitverlängerung für sich nicht in Anspruch nehmen zu wollen, nehmen vielmehr für die

halbe Stunde lieber eine Entschädigung als Entlastung. Redner schließt mit einer Ermahnung an die Opposition, die Vergangenheit nicht außer dem Auge zu lassen, nicht bloß der Zukunft entgegenzuleben. Erinnern Sie sich der Gründung des Güterbezugs-Bundes, dessen fortwährender Drang zur Einnahme, des Streites, der 1852 innerhalb des Bundes ausbrach und schließlich zur Gründung eines Gewerbezugs führte; die Folge war, der Bund ging zu Grunde. Meine Herren, lassen Sie es unter keinen Umständen zu, daß die Opposition in ihrer wählerischen Agitation weiter forschreite, um den stolzen Bau unserer Organisation ins Schwanken zu bringen. Es ist der Opposition heiligste Pflicht, sich der Majorität zu fügen, ihre gesunde Vernunft siegen zu lassen; unter allen Umständen hat in unsern Reihen Disziplin zu walten, verzichten Sie diese, dann greiben Sie ihr eignes Grab. Für Gash gibt es kein andres Urteil als seinen Ausschluß, diesen auszusprechen würde ich die Generalversammlung bitten.

Eidler-Leipzig: Die Vertreter Leipzigs sind hier von verschiedenen Seiten angegriffen worden; wir sind aber von jeher gegen mehrjährige Festlegung von tariflichen Bestimmungen gewesen und wir sind es auch heute noch aus dem Grunde; weil die Tariforganisation uns bindet; und wir müssen uns dagegen wehren, weil — entgegen den österröischen Kollegen — die deutsche Kollegenschaft schwerfälliger ist und sich scheut, bei einer Bewegung möglicherweise auch auf die vierzehntägige Kündigungsfrist zu verzichten. Wenn die Leipziger Kollegenschaft so bereitwillig die Unterschrift zum Tarife gegeben, so sind die Vertreter daran nicht schuld. Ich verurteile dies, aber es ist durch die Agitation Gashes so weit gekommen, daß man von den Leitern womöglich alle 8 Tage ein Glaubensbekenntnis verlangt. Leider sind durch das Verhalten der Prinzipale vereint mit den Buchhändlern Zustände in Leipzig, wie man sie anderswärts nicht kennt. Heute haben wir schon Mahrgelungen von Kollegen, die den neuen Tarif unterschrieben, und auch von Kollegen, die sich geweigert denselben zu unterschreiben. Viel Schuld daran trägt Gash mit seinem Vorgehen. Er, der in der Sechserkommission den Antrag zu § 6 gestellt, welcher für eine fünfjährige Tarifdauer, für die Klausel über die Städte unter 20.000 Einwohnern für die Maschinenmeisterklausel plädierte, und bei den Verhandlungen oft weiters Entgegenkommen gezeigt als wir. Die geheimen Zirkulare erschienen früher in der Volkszeitung als im Corr. Und wie hat er die Wahltafel zusammengestellt. Als immer noch nicht die Mehrheit herauskommen wollte, trotz verschiedener unrichtiger Aufstellungen, mußte in der 3. Korrektur das Leipziger Resultat herhalten.

Holbs-Dresden: In Sachen der hier ausgesprochenen Verächtlichkeit Steinbrüds werde ich durch eine faktische Erwiderung entgegen. Wendische wende sich gegen die Art der Agitation seitens der Opposition; ich könnte ihm beweisen, daß er und sein Anhang dasfelbe gethan. Böblins Erklärung, daß er von der Unterschrift zum Tarife Kenntnis hatte, ist nicht maßgebend; denn von anderer Seite ist unwiderprochen das Gegenteil behauptet worden. Wiesede hat erklärt, Böblin wäre zu spät in die Bewegung eingetreten; wann Böblin solch einen Fehler begeht, ist, wenn nicht Unfähigkeit, zum mindesten eine Nachlässigkeit im Amte zu konstatieren. Was den Tarifanhang betrifft, so streichen Sie ja selber durch ihre Abneigung einzelne Positionen derselben, sie stehen also auf demselben Standpunkte wie wir. Sie sind nur bemüht, uns Vorteile vorzuführen, Nachteile verschweigen Sie. Glauben Sie mit diesem papiernen Anhängel etwa auch die Sezmashine aufhalten zu können, fast scheint es so. Das vielmal angezogene Institut der Gewerkschaft ist ein zweifelhaftes Ding für unsere Organisation. Wendet sich gegen Schiedsgericht und gegen Klappnetz betr. Dank an Wiener.

Gegner-Dresdener weiß den Vorwurf zurück, daß die Anhänger der Opposition es nicht ehrlich meinten, sie sind nicht das Produkt Gashscher Erziehung, sondern seit Jahren ist die Tarifgemeinschaft verworfen. Er werde sich dem Majoritätsbeschluß unterwerfen, und nicht Bestrebungen unterstützen, die unsere Organisation untergraben. Wenn die Kollegenschaft nicht stark genug gewesen, so durfte auch nicht in die Bewegung eingetreten werden. Die Berliner Verhandlungen haben solche Verfallschlösungen gebracht, wie die fünfjährige Dauer, die Schiedsgerichte usw., daß die Vertreter sich hätten fügen müssen, damit diesen wir unseren Kollegen nicht kommen. Es ist noch viel Aufklärung unter unseren Mitgliedern nötig, sie müssen mehr den Klassenkampf erkennen lernen, dann dürfte es nicht vorkommen, daß Gant wie Rosen und Westpreußen sich gegen den Tarif erklären, die doch in erster Reihe die Pflicht hätten, alles daran zu setzen, um tarifliche Zustände zu schaffen. Ich kann mich nur dafür erklären, daß die Generalversammlung beschließen möge, die uns schädlichen Satzungen aus dem Tarife zu entfernen.

Haaß-Mainz: Alles, was bis jetzt gegen den Tarif vorgebracht, habe seine Anschauung, daß derselbe annehmbare Vorteile für die Mitglieder biete, nicht zu erschüttern vermocht. Die ihm selbst teils unsympathischen Anhängel des Tarifes müsse man wohl in Kauf nehmen, da die Prinzipale ohne diese den Zoll des Tarifes, den wir wünschen, nicht genehmigen würden. Er erkenne auch den wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer an, im Erwerbsleben gäbe es aber Verhältnisse, wo beide Parteien Interesse an Besserstellung des Ge-

werbes hätten. Gelänge es beispielsweise, die Entlohnungsweise der Gehilfen überall gleichmäßig zu gestalten, dann hätten letztere wie die Prinzipale Vorteil davon. Er habe an den Gantagskonferenzen die Lage des Gantags Mittelrhein genau geklärt und habe sich dahingehendes Material vorher von den einzelnen Bezirken beschafft. Das so erhaltene Gesamtbild habe seine Abstimmlung beeinflusst und ihm die Ueberzeugung aufgeklärt, daß der Tarif uns Vorteile bringe. Die Gegner des Tarifes hätten bis jetzt noch kein Programm aufgestellt, was dann zu thun, wenn der Tarif abgelehnt würde. Hätten die Prinzipale Interesse an der geschaffenen Tarifgemeinschaft, so würde sich wahrscheinlich das Schauspiel des Frühjahres 1892 wiederholen. Die Prinzipale würden an Stelle der zurücktretenden Gehilfenvertreter Neuwahlen zur Tarifkommission auszeichnen und, um zu verhüten, daß uns feindlich gegenüberstehende Gehilfen in die Tarifkommission gewählt würden, würden sich die Mitglieder dann wieder an der Wahl beteiligen. Das wäre dann ein ergötzliches Schauspiel! Größeren Schaden, als dem Verbande durch die wüste Agitation eines Teils der Opposition unter der Protektion Gashes verursacht, erwarte er auch eventuell von der Tarifgemeinschaft nicht. Redner wendet sich dann gegen Gash und dessen ungeschicktes Manövern, die allgemeine Arbeiter-schaft zum Schiedsrichter über interne Angelegenheiten des Verbandes zu machen. Die von Gash herausgegebenen Flugblätter seien Schandblätter gewesen und viele derjenigen, die sich der anfänglichen Bekämpfung der Tarifgemeinschaft angeschlossen, seien dadurch andern Sinnes geworden. Für Gash sei bei uns kein Platz mehr, jedenfalls müßte der Corr. so rasch wie möglich der Einwirkung Gashes entzogen werden.

Michaels-Erfurt. Betreffend des Streites Gash-Böblin wolle Redner nichts weiter hinzufügen. Sie machen der Opposition den Vorwurf, als sei sie willens, den Verband mit wehenden Fahnen der Sozialdemokratie in die Arme zu führen, das beabsichtigen wir nicht, glauben aber, mit unsrer Agitation gegen die Tarifgemeinschaft dem Verband einen Nutzen zu verschaffen. Auch ist die Opposition nicht erst durch das Auftreten Gashes hervorgerufen worden, mindestens war dies in unserm Gau nicht der Fall. Wir sind mit der minimalen Errungenschaft nicht zufrieden; und wenn Massini verlangt, unsere Mitglieder müssen den Tarif durchzuführen bemüht sein, so ist eben das minimale Zugeständnis nicht geeignet, uns diesbezüglich viellecht in einen Streit einzulassen. Und wenn die Prinzipale den Tarif auch anerkennen, viele Gehilfen werden dieses geringe Zugeständnis doch nur durch Kampf erreichen können, und so werden die Opfer, die noch zu bringen sind, in keinem Einklang mit der Errungenschaft stehen, und das ist der Grund der Opposition in unserm Gau. Die Gegner der Tarifgemeinschaft stehen auf sachlichem Boden, und Sie irren, daß man sich zur Gründung eines Vorverbandes entschließen werde; wir wollen in der Stärkung unsrer Gesamtorganisation die Aufgabe erblicken, wenn wir auch die Tarifgemeinschaft für uns als unannehmbare erklären.

Stredert-Berlin: Ich werde mich nicht gegen eine Tarifgemeinschaft aussprechen, bin aber auch kein Schwärmer für diese. Weiter erkläre ich, daß es ein Fehler wäre, wenn man, wie hier des öfteren empfohlen, eine Vereinbarung von Organisation zu Organisation beschließt; dies geschieht besser auf dem Boden der Allgemeinheit, weil die Prinzipalsorganisation einen viel zu kleinen Teil der Prinzipale umfasse. Wenn man betont, daß die Prinzipale unsere Gegner seien und bleiben werden, so finde er diesen Zustand naturgemäß; man muß eben dann bemüht sein, zu verhüten, daß uns der wirtschaftliche Gegner nicht zum Schaden werde. Es bleibt zu erwägen, sollen wir den ganzen Tarif annehmen oder nur den ersten Teil desselben oder lehnen wir das Ganze ab. Ich möchte Ihnen vorschlagen: Wir binden uns mit dem Tarife nicht auf fünf, sondern nur auf drei Jahre; prüfen die Verhältnisse nach Ablauf dieser dreijährigen Periode und lassen unsere Generalversammlung dann entscheiden. Es kommen dann aus allen Gauen Vertreter mit zuverlässigem Material über den Umfang der Einführung des Tarifs zusammen; ist das Material derartig, daß wir eine umfassende Verbesserung der Tariflage erblicken können, ist die Tarifgemeinschaft weiter annehmbar; im andern Falle beantragen wir Kündigung des Tarifs. Den Nutzen einer Urabstimmung kann ich nicht einsehen; nach dieser langen Beratung müssen wir doch im stande sein, den Mitgliedern die völlige Klärung zu unterbreiten. Man spricht mit wenig Vertrauen von Tarifbeamten; nun soll der Tarifausschuß aus neun Personen bestehen, und zwar aus Kollegen, die wir doch nur als Vertrauenspersonen anerkennen wollen; von diesen neun zählen drei zum Tarifamate; da ist doch jedes Mißtrauen ausgeschlossen. Wenn Gegner meint, wir hätten auch Verpflichtung gegen andere Arbeiter, man müsse den Klassenkampf mehr ins Auge fassen, so melne ich, müssen wir zunächst unsere Aufmerksamkeit und unsre Kraft einem Ausgleich im eignen Interessenkampf zuwenden. Ob unsre Leitung in dieser Sache Zutrümmern unterworfen gewesen sei, ob manches besser öffentlich behandelt worden wäre, stelle er dar, aber deshalb kann man die Tarifgemeinschaft nicht ablehnen. Gash gegenüber erkläre ich, daß man auf seinen Leipziger Vortrag hin denselben sofort hätte dispensieren müssen. Wenn er behauptet, man hätte ihm sächliche Momente untergeschoben, so irt er; Gash hat alles Beschlößliche vertreten; am 2. Mai bestätigte er noch einmal seinen alten Standpunkt, um ein paar Tage

darauf allerdings das Gegenteil zu erklären. Nehmen Sie die Tarifgemeinschaft an.

Stengels-Hamburg (zur Geschäftsordnung): Gask weiter zu belasten, solle man aufhören, wir haben alle genug gehört.

Döller-Dortmund. Wir sind nicht Anhänger Gask's, sondern Gegner der Tarifgemeinschaft. Bei uns können wir gar nicht den Tarif einführen, da der andere Kontrahent, die Principale, nichts davon wissen wollen. Wollen wir aber denselben doch einfüh, so müssen wir selbstständig vorgehen und haben dann Maßregelungen in großen Maße. Wie ein Kaufmann für seine Ware den Preis allein festsetzt, so müssen es auch die Arbeiter für ihre Arbeitskraft, eine Tarifgemeinschaft ist darum ein Übel. Das Anhängel am Tarif enthält für uns solche Schädigungen, daß wir lieber darauf verzichten. Eine Ueberstimmung der Großstädte mit Arbeitskräften wird jetzt eher stattfinden, als wie bei Sonderabmachungen, und zwar durch die Klausel der Städte unter 20000 Einwohnern. Wenn man die Schreibweise Gask's so sehr beanagt, dann möge man einen Wiener oder andern als Redakteur anstellen, dann würde der Corr. wohl in unserm Sinne gedruckt werden.

Kersten-Karlsruhe: Als Zweifelhafter hierher gekommen, halte ich es — nach Anhörung der erschöpfenden Ausführungen — für das Beste, den Tarif so wie er ist anzunehmen. Ich habe Gask bisher geachtet und geehrt, durch sein Vorgehen hat er sich selbst gerichtet. Schlefker-Hagen erklärte, nur die Tarifgemeinschaft zu bekämpfen, ein Anhänger Gask's sei er nicht. In Rheinland-Westfalen haben die Gewerkschaftler die Kollegen über die Bewegung vollständig in Unklarheit gelassen; er war der Meinung, da der Tarif uns so wenig bleie und durch die Tariforganisation uns zum Schaben gerechen könne, denselben abzulehnen.

Blumenthal steht auf dem Boden der Tarifgemeinschaft und empfiehlt Annahme des uns vorliegenden Tarifs. Würde man den letzten Teil des Tarifs ablehnen, so würden die Prinzipale den ersten Teil nicht bewilligen. Die Opposition habe ihn noch nicht belehrt, wie ohne Tarifgemeinschaft Vorteile für die Gehilfen geschaffen werden. Nach den Aussagen der Gehilfenvertreter habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß die Tariforganisation nicht schädigend für unsre Gewerkschaft sei. Weiter wandte derselbe sich gegen Gask's wüßige Agitation und meinte, daß, wenn derselbe noch einen Funken von Ehrgefühl hätte, er schon am ersten Verhandlungstage nach Verlesung des Hoffmannschen Briefes abgelehnt wäre.

Müller-Dessau bezeichnete sich als Gegner der Tarifgemeinschaft, werde sich aber selbstverständlich dem hier zu fassenden Beschlusse fügen.

Bach-Berlin führte die Stärke der Opposition nicht nur auf die mangelhafte Berichterstattung während der Tarifverhandlungen, sondern mehr noch auf das seit Jahren betriebene Verfahren, gesetzlich jeder Erörterung über die Tarifgemeinschaft, dem Sündenbode für die 1891er Niederlage, aus dem Wege zu gehen. Redner war auch damit nicht einverstanden, daß Anhänger der Tarifgemeinschaft ihre Stellungnahme mit einem gewissen Vertrauen zur Unternehmerschaft begründen, er habe lesteres nicht, sei aber für die Tarifgemeinschaft, weil beide Teile dabei ihre Rechnung finden. Das Befehlen der Prinzipalkasse auf dieselbe sei doch auch dahin aufzufassen, daß sie sich der Schmutzkonkurrenz erwehren wolle. Die dem neuen Tarife so veraltete Schaffung von verschiedenen Kategorien halte Redner nicht für so schädlich, so wo weniger, als ja thatsächlich in den kleineren Provinzialstädten bisher von einer strikten Bezahlung des Tarifs nicht viel die Rede war, die Durchführung des nun vereinbarten Tarifs also eine Verbesserung bedeute.

Buchholz-Stettin: Ich bin ein Freund des Tarifs gewesen, in der Ueberzeugung, daß man dadurch eher etwas fordern kann; wird an dem Tarife jetzt noch viel herumgedrückt, so wird ein schönes Krüppelkind zur Welt kommen. Wir ist das Vertrauen noch nicht geschwunden und ich habe den Glauben, daß die Gehilfenvertreter das Beste für uns erreichen wollten. Wir genügt der Tarif auch nicht, wenn man aber jetzt die Zerrissenheit und das Mißtrauen beobachtet, so muß man bald glauben, man hätte es mit männlichen Waffen zu thun. Der Vorstand hat nicht gerührt, er war bemüht, die Kollegenchaft vorwärts zu bringen und mancher hat aufgetaucht, als er hörte, daß Einigungsamt in Leipzig nähme die Sache in die Hand. Nachdem aber etwas erreicht, da glaubt man noch viel mehr erringen zu können. Sie (zur Opposition) wollen Verhandlungen ablehnen, ohne Verhandeln geht es aber doch auch nicht, wenn wir uns auf den fortwährenden Kampfsstandpunkt stellen. Entziehen Sie der Kollegenchaft den Ruf der Lächerlichkeit, nehmen Sie den Tarif an und bauen wir darauf weiter. Redner wandte sich noch scharf gegen die Kampfesweise Gask's, der in wolkstem Sinne Verrat geißt und ebenso behandelt werden müsse, wie jedes andre Mitglied, welches sich gegen das Statut und die Generalversammlung auflehnt.

Schlebs-Logau: Wie er sich zur schwebenden Frage stelle, wisse man ja wohl aus jenem, von Gask als schweres Geschäft bezeichneten Artikel. Sie wissen auch, daß ich nach Gask mit Döblin verjente war, der die diesmalige Bewegung in ihrem Entstehen verhindern wollte; aber Sie haben auch erfahren, daß ich die 1891er Bewegung in ihrem unglücklichen Ausgang mit verschuldet, indem ich nach Gask im Einverständnis mit

dem Hauptvorstand den Ausstand der Breslauer Gehilfenchaft beendete. Aber wir haben den Ausstand lediglich beendigt, weil wir uns für total geschlagen erkannten, und ich habe wenige Tage später erfahren, daß die Lage überall dieselbe war; ist man anderwärts unter Maßnahmen, die uns absolut zu keinem Erfolge mehr führen konnten, weiter ausgegangen, so halte ich dies für zwecklos und kann auch mit Mitteln, wie sie besonders in Leipzig angewandt wurden, um damit noch ein paar Tage länger auszuhalten, mich nicht einverstanden erklären. Man spricht von Aufheben der Tarifgemeinschaft, und doch haben wir eigentlich noch keine gehabt. Die Stettiner Resolution, die aus dem Schoße der dortigen Sitzung hervorging, war der eigentliche Anfang einer solchen, auf deren Boden nur die jetzige Tarifgemeinschaft mit ihrer Institutionen aufgebaut wurde. Ehe man nun etwas verdirbt, müßte man doch erst die Probe damit machen. Die Opposition verweist auf die Begeisterung bei Einleitung der Bewegung und erblickt hierin eine Garantie für gutes Gelingen; man solle sich aber erst die Orte und Kreise etmal genauer ansehen. Einen Vorwurf mache er der eingeleiteten Bewegung, daß ist, daß man Fortreibungen aufgestellt, die sich nicht erreichen ließen. Sende Leipzig Vertreter, die sich gegen Tarifgemeinschaft verpflichten mußten, so verstehe er das nicht, wenn man zu schwach ist, drückliche Uebel, wie Prinzpal-Kassen-Mitgliedschaft zu beseitigen; ebenso verhalte es sich mit Polen, von dessen tariflichem Zustand er ein Bild entwerfen könne; hier hat man noch mit der nationalen Sache zu rechnen; Polen und Deutsch marschieren getrennt. Das Bemühen, unsere Sachen vom sozialpolitischen Standpunkte zu betrachten, die Unterstützungsfrage nur als Nebensache zu schildern, ist falsch, wie die Meinung, daß Gewerkschaftsmittelglieder nur durch ein geistiges, nicht durch materielles Band verbunden sind. Das Bemängeln fünfjähriger Galtigkeitsdauer des Tarifs, die Befürchtung, günstige Konjunktur nicht ausnützen zu können, ist nicht stichhaltig. Schiedsgerichte sind Gewerkschaften gegenüber vorzuziehen. Gegen Gask wolle er nichts mehr erwähnen, bedauere nur die Zeit, die dieweilhalb verbracht; er möge aufhören, weitere Beweise anzutreten, in einem guten Lichte könne er sich doch nicht präsentieren.

Kersten-Berlin erklärte sich für die Tarifgemeinschaft, da die Ablehnung derselben unermesslichen Schaden für die Organisation mit sich bringen würde. Mit Staunen habe er gehört, daß in manchen Gauen die Maschinenmeister sich die längere Zeit als Ueberstunden bezahlen lassen; diesem Unfuge müsse gesteuert und dahin gewirkt werden, daß überall — wo irgend angängig — die Maschinenmeister dieselbe Arbeitszeit erziehen. Wo dies nicht angängig, da müsse ein Schichtwechsel eintreten und Vorkerstellungen erfolgen. Nötig ist es, daß die Maschinenmeister sich mehr rühren als bisher und dafür sorgen, daß auch für sie die Verfürzung der Arbeitszeit voll und ganz zur Geltung komme.

Gask-Döblin hat erklärt, daß ich mit der Leitung seitens des Zentral-Vorstandes einverstanden gewesen, und es nur Miße von mir sei, das Gegenteil zu behaupten. Bis zur Bewegung war eine gewisse Harmonie vorhanden, aber mit der Bewegung ist ein Miß entstanden, nachdem er (Gask) bewiesen, daß die Tarifgemeinschaft von Schaden sei und diese sich in ihrem 20jährigen Bestehen abgewirksam habe. Redner verucht, dies durch Verlesen einzelner Briefe des Vorstandes darzulegen. Der wirtschaftliche Kampf werde erdwert, es handle sich um Erzielung der politischen Macht. Unser Organisation müssen wir eine andre Rolle zuteilen; nicht bloß das Gewerkschaftliche müsse gepflegt werden, sondern auch das Klassenbewußtsein. Döblin bleibe auf dem Standpunkte des Hand in Handgehens mit den Prinzipalen, er habe eben aus dem Streit keine Lehre gezogen, bei ihm gelte es, den Streit zu vermeiden, weil er den Arbeiter nicht vorwärts bringen könne. Die Gehilfenchaft aber besitze mit Freunden den Anschluß an die Sozialdemokratie. Döblin habe für all sein Handeln eine Begründung zur Hand und suche dieselbe überall. Döblin zeih mich der Inkonsequenz, ich mache sinnlose oder wahnsinnige Opposition. Was meine Broschüre und damit die staatliche Genehmigung des Unterstützungsvereins betrifft, so ist es meinen Nachforschungen gelungen, festzustellen, daß der Verein genehmigt worden ist nur unter der Bedingung, daß er in Lohnfragen Vereinbarungen treffe, seine Streiks vornehme, und daß man die Buchdrucker von dem Sozialismus fernhalte. Döblin hat auf dieser Schrift noch nicht geantwortet; so nehme ich an, daß ich dann das rechte getroffen. Döblin's fortlebens des Bemühen nach Vereinbarung und Fernhalten der Sozialdemokratie entspricht der Tendenz des Putschamerikanischen Minsteriums in Sachen der Arbeiterorganisationen, und diesen Standpunkt hat Döblin auch bis in die jüngste Zeit vertreten. Daß böses Blut durch das Inserat über meine Broschüre entstanden, gehe ich zu; aber verseyen Sie sich in meine Aufregung, in die ich auf Grund meiner Forschung nach dem Entsehen des Königl. preuß. Gewerkschafts gert. Döblin ist durch sein ewiges Verindern, dadurch, daß er sich der Ansicht des Regierungsrates Ladner untergeordnet, den Behörden dienstbar gewesen. Das Inserat bedauere ich heute als unpraktische Handlung. Was die Mitarbeiterschaft Hoffmanns betrifft, so hat dieser ohne Döblin's fortlegeh ich mir hilfreich zur Seite gestellt, er erklärte sich wiederholt zu meiner Ansicht über die Tarifgemeinschaft. Ich habe die langen Tarifverhandlungen nicht gewollt, drängte vielmehr auf eine schnelle

Agitation; ich habe damit rechnen müssen, daß man mit der Gehilfenchaft als nicht mächtig genug bezeichnete, habe demgemäß auch einen milderen Ton angeschlagen; aber dessen war ich mir sicher, daß das, was nicht im Frieden mit Gewalt zu erreichen sei. Ich war und blieb Gegner der Tarifgemeinschaft, war nur für Tarif und eine längere Galtigkeitsdauer derselben. Man kann mich auch keiner Inkonsequenz zeihen, wenn ich von Zeit zu Zeit einen milderen Ton angeschlagen; die Stuttgarter Generalversammlung hat erklärt, daß die Redaktion sich der Tarif des Zentralvorstandes unterzuordnen habe; ich habe damit also meine Pflicht gethan, aber deshalb nicht meine Meinung geändert. Aber ein Verbrechen soll es sein, daß ich im gegebenen Falle mich nicht untergeordnet habe. Die Gehilfenvertreter haben mit Annahme der Tarifinstitutionen die Lage der Gesamtarbeiterchaft zum Schlechten verändert, die Lage der Gehilfenchaft zu deren Ungunsten verschoben. Deswegen müßte ich energisch Front machen. Die Corr.-Redaktion hat einfach ihren Standpunkt gewahrt, ich müßte mich für alle Zukunft dagegen verwahren, um die sich später erweisende Schädlichkeit der Tarifgemeinschaft nicht mitverantworten zu müssen. Freie man doch einen Entscheld der Gehilfenchaft durch Urabstimmung über die Tarifgemeinschaft herbei; spricht sie für dieselbe, bin ich selbstverständlich unfähig zur Rettung. Für das Mißtrauen der Gehilfenvertreter habe ich freilich in keinem Dank geantwortet, sondern habe mich gemehrt und derb zugehauen; ich bin daher nicht die Ursache des Strettes. Sie aber wollten mich loswerden auf jeden Fall, deshalb hat man nach einem Grunde gesucht. Die Broschüre gegen die Tarifgemeinschaft war ursprünglich für den Corr. bestimmt; es ist aber eine Frage der allgemeinen Arbeiterchaft, weil man durch diese Tarifabmachungen das Koalitionrecht gefährdet. Dieselbe ist keine Schrift gegen den Verein oder gegen Mitglieder, sondern gegen Tarifgemeinschaft. Niemand hat die Richtigkeit des darin Gesagten angegriffen; meine Kampfesweise war angebracht. Die Gehilfenchaft war nach meiner Meinung stark genug, die Forderung durchzusetzen. Das Danaergescheh, das uns geworden, rechtfertigt einen Rücktritt von unsrer Bewegung nicht. Ich habe nur noch den Nachweis zu führen, daß Döblin mich wohl angeregt hat, den Kampf gegen die Partei zu führen; ich verweise dabei auf meine Artikel: Mafeler, Kölner Kongreß, Bergarbeiter-Kongreß; Döblin schreibt: ich machte damit nur Propaganda für die Partei, wogegen fortgesetzte Beschwerden von verschiedenen Kollegen bei ihm eingingen. Döblin's Schlagwort ist: Braje. Redner suchte an der Hand verschiedener Schriftstücke seine Verteilung weiter zu führen und schloß: Wird mein Material von der Generalversammlung nicht als stichhaltig anerkannt, so muß ich mich damit bescheiden!

Faktische Bemerkungen.

Rezhäuser gegen Kersten: Nicht Kollege Schramm, sondern ich habe in einem Reskrate auf eine Notiz im Corr. aus München Bezug genommen, woraus ersichtlich, daß im Jahr 1891 in München noch Druckereien vorhanden waren, in welchen 10 1/2 stündige Arbeitszeit und bei 5 Maschinenmeistern 5 Lehrlinge vorhanden waren. In der Gegenwart bestehen in München nach dieser Seite hin solche Zustände nicht.

Seitz gegen Westwanger: Die Angabe, als ob Würzburg sich in schönster Harmonie mit der Prinzipalkasse befände, ist unrichtig. Auf dem zu Ostern stattgefundenen Gantage wurde ausdrücklich festgestellt, daß lediglich 17 von 150 der Prinzipalkasse gezwungen angehören. In Bezug auf die Berechnung des Durchschnittes in Würzburg wurde bei meiner Anwesenheit am Sonntag in Würzburg die Angabe, als ob dasselbe nicht tarifmäßig hergestellt würde, als unwarer erklärt.

Giesecke gegen Golbs: Ich habe gestern nicht erklart, daß der Hauptvorstand die Bewegung zu spät eingeleitet, sondern daß die Bewegung durch die bekannten Vorgänge in eine ungünstige Zeit hineingetragener worden ist. Wendisch und Steinbrück gegen Golbs: Die Unterzeichneten erklären: 1. daß Herr Golbs unsere Ausführungen und unser Zirkular falsch verstanden hat; 2. da unser Dresdner Innungsnauchweis einseitig und schädlich ist, die nach § 48 des Tarifs einzuführenden Arbeitsnachweise zu unterstützen sind, da diese unter Kontrolle der Gehilfen stehen.

Schlag gegen Golbs: Ich konstatiere, daß ich unsere Unterstützungsstellen nicht bloß für Invaliden und Kranke bestehend betrachte, sondern extra betont habe, daß es angebracht sei, die Arbeitslosen höher zu unterstützen.

Knie gegen Golbs: Rassenmenschen? Nein! Aber der Verband hat die moralische Verpflichtung, seitdem dem Verbandsstatut eingeschlagenen Unterstützungsbezug dadurch gerecht zu werden, daß nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Kranken und Invaliden ihre Unterstützung erhalten und dementsprechend das Vermögen des Vereins betrachten.

Golbs gegen Steinbrück: Erkläre hiermit, daß ich mit Kollegen Gask seit meiner Amtsniederlegung als Gewerkschaftsvorstand, Juli 1894, nicht in Verbindung gestanden. Erst nach dem im Rat in Dresden stattgefundenen Gantage habe ich Kollegen Gask von einer ihn verurteilenden Resolution Kenntnis gegeben.

Steinbrück gegen Gask: Die Richtigstellung des Herrn Gask in Bezug auf die Worte: „treibt diese Kollegen aus Lohn und Brot“, erkenne ich an, da ich durch die schlußstellige Schreibweise des betreffenden Flugblattes zu einem Mißverständnisse gekommen bin.

Niedel gegen Klapproth: Es ist unrichtig, daß lediglich in Rücksicht auf die Leipziger Verhältnisse die Verhandlungen des Tarifausschusses nicht abgebrochen wurden. Die vom Kollegen Döblin in seinen wiederholten Reden gekennzeichnete Gesamtlage der Organisation führte vielmehr dazu, die Verhandlungen fortzusetzen.

Steinbrück bemerkt fasslich gegen den Jurist **Golds: „Falsche Verschuldung“:** In Dresden standen als Oppositionskandidaten **Golds** und **Sindermann** in Stichwahl. **Sindermann** brachte in Nr. 160 der **Sächsl. Arbeiterztg.** einen Artikel mit seinem eignen Namen unterschrieben, in dem es hieß: „Wir sind, wenn **Gasch** seiner Stellung entbunden wird, gezwungen, selbstständig zu marschieren.“ **Golds** sagte in einem Zirkulare vom 30. Juni d. J., unterschrieben mit seinem Namen: „Er stehe auf dem Standpunkte wie **Sindermann**“.

Niedel gegen Golds: Ich habe in der Leipziger Versammlung erklärt, daß, wenn der Zentralvorstand nicht genügend Aufklärung gebe, daß er von den Unterschriften Kenntnis gehabt und nicht Schritte gethan habe, vor Tagung der Generalversammlung die Unterschrift des Tariffs zu verhindern, so könne der Vorstand nicht darauf rechnen, weiter das Vertrauen zu besitzen und daß ich auch für dessen Befestigung stimmen würde. Diese genügende Aufklärung ist mir insofern geworden, als Kollege **Döblin** erklärt hat, wohl Kenntnis von den Unterschriften gehabt zu haben, er aber selbst von dem Zirkular überlassen gewesen sei, worin seitens des Tarifausschusses die Vollziehung der Unterschriften vor der Generalversammlung verlangt wurde und daß er Schritte gethan habe, diese Unterschriften zu verhindern. Die auf diese Weise mir gewordene Aufklärung ist für mich eine befriedigende.

Weihsinger gegen Wegner: Ich habe nicht gesagt, daß die ganze Opposition nicht ehrlich sei, sondern erklärt, der größere Teil der Opposition sei nicht als ehrlich zu betrachten und als Beweis der Kompromittiertheit derselben speziell die Resolutionsmacht verschiedener Mitgliedschaften angeführt.

Schramm gegen Wegner: Ich habe nicht die Opposition gemeint, die heute gegen die Tarifgemeinschaft tritt, sondern jene, welche nach dem Spruche der Generalversammlung sich nicht der Mehrheit fügt.

Freitag: Fünfter Tag.

Golds-Dresden erklärte sich als Verbtreiter des der Versammlung vorliegenden Fragebogens; Verfasser desselben sei der **Corr.-Redakteur Härtel**.

Gasch erklärte, daß er die Drucklegung der den Gehilfenvertretern gegebenen Erklärung veranlaßt habe und der Generalversammlung vorlegen werde.

Kahle-Augsburg: Er sei der Ansicht, daß über die schwebende Frage nun Klarheit geschaffen sei, beantrage deshalb nach Schluß der Debatte, insofern, daß noch zwei Redner für und zwei gegen Tarifgemeinschaft sprechen sollen.

Arndsee-Berlin: Habe man am ersten Tage sich für völlige Redefreiheit ausgesprochen, müsse man auch berücksichtigen, daß jetzt doch noch neue Momente hinzutreten können, die bestimmend auf Abgabe eines Botums sind.

Nießschmann-Halle a. S. Den einzelnen Gauen müsse wenigstens Gelegenheit gegeben werden, die gegensteilige Meinung auszusprechen zu können.

Winkelmann-Berlin war gegen Beschränkung; wer nichts Neues wisse, solle verzichten.

Müller-Essen beantragte fünf Minuten.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge **Kahle** und **Müller** abgelehnt.

Mit Eintritt in die Tagesordnung erklärte **Döblin**, daß er, nachdem gestern eine so warme Verteidigungsrede für ihn gehalten, vorläufig auf eine Erwiderung der Rede **Gasch** verzichte.

Kühn-Weimar sei für Tarifgemeinschaft, weil ihn die Verhältnisse dazu zwängen. Gegenüber der hohen Konditionslosgrenze sei eine durchgreifende Verbesserung wirtschaftlicher Lage nicht zu erreichen; man könne sich nur darauf beschränken, eine Bezeichnung der kapitalistischen Auswüchse vorzunehmen. Eine teilweise Annahme sei ausgeschlossen, es gelte den ganzen Tarif entweder anzunehmen oder abzulehnen. So lange wir nicht eine völlige Einigkeit haben, könne man mit Gewalt nicht mehr erreichen.

Höbetörn-Leipzig verzichtete.

Weber-Hannover plädierte für Annahme des Tariffs und den Antrag **Berlin**. Die hier geführten Debatten werden auch der Kollegenschaft die fehlende Klarheit schaffen.

Köfener-Bremen bestreitet, daß die Opposition aus rein sachlichen Gründen überall hervorgegangen; in Bremen sei dies nicht der Fall gewesen. Die Tarifgemeinschaft sei keine prinzipielle Frage. Wenn die Prinzipale ihre Arbeitsordnungen dahin abändern, daß sie sagen, vom 1. Juli gelte betreffs der Arbeitszeit und Entlohnung der neue Tarif, so müsse dies unterschrieben werden, warum nun nicht auch den Tarif unterschreiben? In Streitigheit vor dem Gewerbegericht würde dies von großem Nutzen sein. **Gasch** habe durch seine gefrischte Rede gezeigt, daß die Leitung in klarer zielbewusster Weise gehandelt. Daß **Gasch** schon lange gestrebt die Leitung in die Hand zu bekommen, dafür übergibt er einen Brief dem Bureau.

Schwettje ist für die Resolution **Streder**.

Bornemann sucht Bedenten über einzelne Punkte des Tariffs zu beschwichtigen und erklärt sich für Tarifgemeinschaft.

Müller-Essen: Die Opposition werde verstummen, wenn die Voraussetzungen, welche die Freunde der Tarifgemeinschaft hegen, erfüllt werden; er glaube aber heute noch nicht, daß die Prinzipale ihr Wort halten werden. Er wünsche, daß die Haltung des **Corr.** auch ferner in dem Geiste geleitet werde.

Knie-Stuttgart: Die Frage der Maschinenmeister sei eine schwierige, er habe aber noch nicht gehört, daß die Herren hierzu Stellung genommen hätten. Die Lehrlingsfrage sei dieselbe wie 1890, nur daß man einen Ertrag eines im letzten Lehrjahre stehenden Lehrlings durch einen zweiten zuläßt. Er beantrage den Tarif auf Grundlage des Antrags **Streder** anzunehmen und den Gehilfenvertretern für die Septembersitzung eine geeignete Richtschnur zu geben.

Müller-Essen will erwidern, daß die Prinzipale Rheinland-Westfalens nicht eher den Tarif einführen werden, als bis die Gehilfenchaft denselben angenommen. Die Stellung der Leipziger Vertreter für und gegen den Tarif sei ihm unverständlich. Betreffs Tarifanhangs wolle er erklären, daß die Septembersitzung unter Berücksichtigung hier laut gewordener Besürchtigungen zu rechnen wissen werde.

Sremski-Posen: Eine Urabstimmung in seinem Gau habe sich zwar für die Tarifgemeinschaft erklärt, er selbst sei aber Gegner derselben, und zwar aus dem Grunde, da wir keine Aussicht hätten den Tarif unter der Konkurrenz der polnischen Kollegen zu erhalten und von den Prinzipalen nichts zu erwarten sei. Wie die Versammlung beschliesse, so würden wir ferner handeln.

Maffini wünscht eine energische Zurückweisung der Ausführungen des Chemnitzer Beobachters „den Vertretern gebühre ein leберner Orden am Hundehalsband“, der die ganze Kollegenchaft aufs schämlichste beleidige; er könne diese nur als Gassenjungenrebarsart bezeichnen. Er verwahrt sich gegen die Ausführungen **Gasch**, daß durch Annahme des Tariffs die Organisation in das Gleich-Dunderische Lager gedrängt werde. Die Gewerkschaften könnten den Klassenkampf allein nicht führen, sonst sei die politische Partei überflüssig.

Andreas-Hamburg beantragte Schluß der Debatte.

Leute-Danzig sprach im Sinne **Nießschmann**.

Haas-Mainz bemängelte, daß sich **Redner** zum zweitenmale gemeldet hätten.

Vomühl-Düsseldorf beantragte die Aufnahme der Namen der durch Schluß der Debatte nicht zum Worte gekommenen **Redner** ins Protokoll.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

Döblin gab folgende Anträge bekannt, die sich speziell mit der Tariffache befassen:

Die außerordentliche Generalversammlung acceptiert die seitens der Gehilfenvertreter mit der Prinzipalität Deutschlands getroffenen Vereinbarungen mit der Bestimmung, daß die im Jahr 1899 (statt 1898) vor dem 1. Juli abzuhaltende ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker die Ergebnisse der dreijährigen Tarifgemeinschaft zu prüfen und eventuell die Kündigung des Tariffs zu beschließen hat.

Streder, **Winkelmann**, **Schleintz**, **Treder**, **Kirsten-Berlin**, **Siewert**, **Waag**, **Maffini**, **Nießschmann**, **Flumenthal**, **Weber-Hannover**.

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erklärt sich unter den obwaltenden Umständen mit dem Resultate der stattgehabten Verhandlungen des Tarifausschusses bezüglich des ersten und zweiten Teiles des Tariffs einverstanden, verwirft aber die im dritten Teile, §§ 44-48 beschlossene Tariforganisation als nicht im Interesse der organisierten Gehilfenchaft liegend.

Die Tarifvertreter werden beauftragt, das Anlebensdretre dieser Institutionen zu verhindern bis zu der für das Jahr 1898 stattfindenden Generalversammlung des Verbandes, welche letztere nach den bis dahin gemachten Erfahrungs auf neue Stellung zur Tariffrage zu nehmen hat.

Schröder, **Rob. Weber**, **Nießschmann**, **Bethge**, **Bojus**, **Seip**, **Heissmann**.

Nachdem Schluß der Debatte eingetreten, sprach zunächst gegen die Tarifgemeinschaft

Arndsee-Berlin. Derselbe war gegen den Tarif, da er sich nicht vorstellen könne, daß die Prinzipale drei Jahre lang mit uns in Frieden leben werden und die Interessen der Allgemeinheit unter dem Tarife leiden. So lange die Ungleichheiten in unseren Kreisen herrschen, wird etwas Ersprießliches nicht erreicht werden. Nur die Einführung des gewissen Geldes kann hier eine Wendung schaffen. Die fortschreitende Technik werde das Heer der Arbeitslosen noch vermehren, ein einheitlicher Lohn für alle sei nötig, dann können wir auch ohne Tarif aus, der heute nur den Prinzipalen Nutzen bringe.

Nießschmann-Halle (für Tarifgemeinschaft): Wenn auch **Hesler** an der Tarifvereinbarung zu erkennen sind und der Tarif an sich keine große Errungenschaft bedeutet, so haben die Verhandlungen doch ergeben, daß die Ansicht der Gauvorsteher über die Lage eine richtige war. Gehen wir in einen Kampf, dann erst wird unsre Gegenorganisation, der Gutenberg-Bund, seinen Wert erfüllen, Arbeitsbedenke zu leisten. Die Verhältnisse des Saalgemes zwingen mich für Tarifgemeinschaft zu stimmen,

und ich verstehe meine beiden Kollegen aus dem Gau nicht, wie sie anderer Meinung sind. Die Besürchtung, durch fünfjährige Tarifdauer in eine verderbliche Ruhe zu kommen, ist ausgeschlossen, da es zur Durchführung des Vereinbarten harter Kämpfe bedürfen werde. Der Wunsch nach Urabstimmung ist nicht erfüllbar, denn er würde die Agitation von neuem entfachen. Er kann sich nur für einen strikten Beschluß der Generalversammlung aussprechen.

Schröder-Stuttgart und **Streder-Berlin** sprechen hierauf zu ihren Anträgen.

Döblin will erklären, daß er zur gestrigen Erklärung des Herrn **Gasch** nichts mehr zuzufügen habe; Herr **Gasch** hat mich selbst verteidigt und aus meinen Briefen bestätigt, daß ich die Organisation im richtigen Sinne geleitet, im höchsten Falle nur übertriebene Aengstlichkeit für den Bestand derselben an den Tag gelangt habe; das kann kein Vorwurf für mich sein. Ich will aber gestehen, daß **Gasch** gestern sich nur an Tatsachen gehalten und keine gewagten Kombinationen gemacht habe. Was nun die Frage der Vereinbarung betrifft, so ist das Verlangen danach nicht der Initiative des Vorstandes entsprungen, sondern derselbe ist hierzu veranlaßt worden. In dem Streite zwischen ihm und **Gasch** handelt es sich nicht um persönliche Differenzen, sondern um Abwehr eines Eingriffes in die Verbandleitung; daß meine Beeinflussung der Correspondentleitung im gewissen Sinne nötig war, sieht Herr **Gasch**, indem er durch seine selbstständige unkorrekte Handlungsweise sich sein eignes Grab gegraben habe. Die Geschäftsführung des Vorstandes betreffend, so werden sich alle diejenigen, die jemals Leiter eines Vereines gewesen sind, sich auf meinen Standpunkt stellen müssen, weil man die Verantwortung zu tragen habe; **Gasch** habe diese nicht zu tragen, deshalb auch seine bedauerliche, persönliche Agitation, in welcher mir klar gemacht wird, ich sei ein Schuft, Verräter, ein Polizeispigel; das ist schmerzlich. Aber die Ehrenrettung, das Vertrauen zu den leitenden Personen ist so sicher wieder hergestellt, und das hat **Gasch** mit Verletzung meiner an ihn gerichteten Briefe erzielt; vergessen Sie auch nicht, daß meine Briefe ohne jedes Mißtrauen geschrieben waren, daß sie aus Gründen der Freundschaft ohne jeden Zwang niedergelegt wurden, ohne Ahnung, daß sie nach Jahr und Tag als Material gegen mich dienen sollten, und trotzdem beweisen diese, daß man mich keines Vergewissens überführen kann. In den Briefen ist mein Programm entwickelt; wollen Sie den Verein nach der Tendenz **Gasch** geleitet haben, dann danke ich für die Leitung, denn ich will die Organisation nicht zu Schanden richten. Herr **Gasch** ist als Redakteur nicht auf das sozialistische Programm geeicht, sondern er sollte das Organ nach der Stellungnahme sämtlicher Generalversammlungen in gewerkschaftlichem Sinne leiten; **Gasch** aber hat bejwacht, den Verein in andere Bahnen zu lenken. Den Ausdruck: dienbar der Polizei, erklärt **Gasch** zwar selbst als unpraktisch; aber er sollte Eindrücke in der Bahnhöhe machen; niemand nehme ich es übel, daß er gegen unsre Leitung sich sachlich verwarfe, aber niemand darf solch verwerfliche Mittel gebrauchen. So auch verhält es sich mit seiner Broschüre: „Königlich Preussischer Gewerbeverein“; er mußte doch wissen, wie derselbe entstanden. Daß ich den damals gestaffelten Umständen ein Loblied gesungen, kann ich nicht einsehen; freilich durfte ich nicht völlig den Mut der Kollegen zum Brechen kommen lassen; die unsern Verein angebahnte Verpflichtung, nicht streiken zu dürfen, ist ja durch unsre 1891 er Bewegung völlig in ihrer Unhaltbarkeit bewiesen, und **Gasch** erklärt ja nun auch selbst, daß die Generalversammlung die in der Broschüre aufgestellten Behauptungen als Beweise nicht anerkennen kann. Daß ich mit **Börsch** und **Prinzipalen** in Verkehr gewesen, ist selbstverständlich, da sich dies doch aus meiner Stellung als Vereinsvorsitzender mitunter notwendig macht. **Gasch** Einwürfe waren kindisch; er hat sich etwas eingeredet; daran ist kein Eigenbüntel schuld, daß er im Bestreben, ein gestecktes Ziel zu erreichen, nicht die rechten Mittel ergriffen habe. Hätte die Generalversammlung dessen Handlungsweise mit demselben Gejohle aufgenommen, was verschiedene Mitgliedschaften, dann hätte der Vorstand seine Konsequenzen hieraus gezogen. Das Zurücknehmen der gerichtlichen Klage gegen **Gasch** wird davon abhängen, wie **Gasch** sich hierzu stellt. In Sachen des Tariffs, meine Herren, können Sie sich nur fragen: Nehmen wir an oder lehnen wir ab; einzelne Paragraphen aus demselben zu streichen, ist unmöglich, denn die Prinzipale könnten einst uns gegenüber dasselbe thun. Ebenso erlaube ich Sie, eine Urabstimmung abzulehnen. Nehmen Sie den Tarif ab, dann tragen Sie auch die Verantwortung, wir nicht. Wir erblicken einen Fortschritt in demselben. Also nehmen Sie an oder lehnen Sie ab, oder lassen Sie die Generalversammlung entscheiden.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen tritt die Mittagspause ein.

Faktische Bemerkungen.

Bethge gegen **Nießschmann**: Gegenüber den Ausführungen **Nießschmann**, daß die Tarifgemeinschaft für **Magdeburg** schon jetzt Vorteile gebracht hat, erkläre ich, daß in **Magdeburg** die Einführung des materiellen Teiles des Tariffs (Verzärzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Grundpositionen) seitens der Prinzipale schon bewilligt wurde, als der dritte Teil des Tariffs noch gar nicht beschlossenen war.

Fortsetzung in der Zeilung.